

Kleine Anfrage

Liechtenstein Initiative zu moderner Sklaverei und UN-Migrationspakt

Frage von Landtagsabgeordneter Thomas Lageder

Antwort von Regierungsrätin Aurelia Frick

Frage vom 27. Februar 2019

Am 22. Januar 2019 wurde die «Liechtenstein Initiative», eine internationale Finanzkommission zu moderner Sklaverei und Menschenhandel, der breiten Öffentlichkeit präsentiert. Weltweit leben rund 40 Millionen Menschen in moderner Sklaverei. Mit Menschenhandel und Sklaverei werden jährlich rund USD 150 Mia. umgesetzt. Ich möchte der Regierung an dieser Stelle für ihrer Initiative mit internationaler Kooperation unter Einbezug der lokalen und internationalen Wirtschaft danken. Der UN-Migrationspakt adressiert in «Ziel 10: Prävention, Bekämpfung und Beseitigung von Menschenhandel im Kontext der internationalen Migration» die Bemühungen der Kommission direkt und in den Zielen 1, 2, 6, 7, 9, 15, 19 und 23 mindestens teilweise und indirekt. Sowie in allen anderen Zielen der grundsätzlichen Stossrichtung nach. Mehrheitlich haben sowohl der Landtag als auch die Regierung eine Unterstützung des Migrationspaktes abgelehnt, was an der UNO in New York zu einer Stimmenthaltung geführt hat. Diese entspricht de facto einer Ablehnung. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Erachtet die Regierung die «Liechtenstein Initiative» nicht im Widerspruch zum Abstimmungsverhalten Liechtensteins in der UNO in New York zum UN-Migrationspakt?
2. Kann die Regierung in Bezug auf die «Liechtenstein Initiative» auf die mehrheitliche Unterstützung des Landtages bauen und wie kann sie sich dessen Unterstützung sicher sein?
3. Hat die Regierung eine Erhebung beim Volk durchgeführt oder mindestens die vermeintlichen publizierenden Meinungsführer im Volk kontaktiert, um sich ihrer Unterstützung sicher zu sein?
4. Wird die Regierung trotz ablehnender Haltung der Mehrheit des Landtags weitere Schritte zur nahtlosen Umsetzung und Förderung der Ziele des UN-Migrationspaktes unternehmen?
5. Beabsichtigt die Regierung, beim Landtag oder allenfalls beim Volk dazu abermals ein Stimmungsbild zu erheben?

Antwort vom 01. März 2019

Zu Frage 1:

Zwischen der „Liechtenstein Initiative“ und dem Abstimmungsverhalten Liechtensteins zum UN-Migrationspakt besteht kein direkter Zusammenhang. Mit der Verabschiedung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat die Staatengemeinschaft vereinbart, wirkungsvolle Massnahmen zur Bekämpfung von Moderner Sklaverei und Menschenhandel bis zum Jahr 2030 umzusetzen. Mit der „Liechtenstein Initiative“ leistet Liechtenstein einen konkreten Beitrag zur Umsetzung dieses Ziels. Die Initiative ist damit Teil der nationalen Bemühungen zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele.

Zu Frage 2:

Die „Liechtenstein Initiative“ ist breit abgestützt. Sie ist als Public-Private-Partnership ausgestaltet und wird von der LGT Bank, dem Liechtensteinischen Bankenverband, der Hilti Familienstiftung, den beiden gemeinnützigen Stiftungen Medicor Foundation und Tarom Foundation unterstützt. Die Initiative deckt sich mit den ausserpolitischen Interessen des Staates und den Interessen der beteiligten Wirtschaftsakteure.

Zu Frage 3:

Die Regierung hat die Öffentlichkeit breit über die Liechtenstein Initiative informiert. Das zweite Treffen der „Liechtenstein Initiative“ in Liechtenstein im Januar 2019 wurde dazu genutzt, die Arbeit der Kommission der Öffentlichkeit vorzustellen. Die öffentliche Veranstaltung am 22. Januar fand mit rund 150 Zuhörerinnen und Zuhörer einen sehr breiten Zuspruch.

Zu Frage 4:

Die meisten Ziele des UN-Migrationspakts sind von Liechtenstein bereits umgesetzt, wie die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag festgehalten hat. Liechtenstein hat sich in der Abstimmung in der UN-Generalversammlung zum Migrationspakt bekanntlich der Stimme enthalten. Aus diesem Grund sind gegenwärtig keine Schritte geplant, jene Ziele des UN-Migrationspakts umzusetzen, die Liechtenstein aktuell nicht erfüllt.

Zu Frage 5:

Zum jetzigen Zeitpunkt hat die Regierung dazu keine entsprechenden Pläne.